

Gerhard Bialas
Weißdornweg 11
72076 Tübingen

Tübingen, den 30. Januar 2012

Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann, MdL
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Betrifft: Überwachung meiner Person

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich bitte um Ihre Unterstützung, dass jetzt, nach 40 Jahren "Radikalenerlaß", die Überwachung meiner Person endlich beendet wird.

An 20. April 1975 wurde ich in den Tübinger Gemeinderat gewählt, dem ich bis zum 5. Dezember 2005 ununterbrochen 30 Jahre lang, als Stadtrat angehörte. Dem Tübinger Kreistag gehörte ich als Kreisrat 20 Jahre bis zum 26. Oktober 2005 an.

Für die Gemeinderatstätigkeit erhielt ich vom Städtetag Baden-Württemberg am 18.03.2002 das Verdienstabzeichen in Silber und am 10.01.2005 in Gold. Mit Datum 01.12.2004 bekam ich vom Landkreistag Bad.-Württ. die Landkreismedaille verliehen.

An 1. Oktober 1968 trat ich meine Beschäftigung als Gärtnermeister bei der Universität Tübingen im Botanischen Garten an, die ich dort bis zu meiner Berentung 27 Jahre lang ausübte. Die Landesregierung hat, vertreten durch den Wissenschaftsminister, mir dafür am 01.10.1993 per Urkunde "Für die während fünfundzwanzigjähriger Tätigkeit in öffentlichen Dienst treu geleistete Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen."

In dieser Zeit war ich als gewählter Vertreter der Beschäftigten bei der Universität viele Jahre im Senat, im Großen Senat und im Personalrat tätig.

Im Herbst 1951 kam ich als Zwanzigjähriger nach Tübingen, wo ich der KPD beigetreten bin. Seither wohne ich ununterbrochen hier. Nun bin ich 80 Jahre alt. Seit nunmehr 60 Jahren also, werde ich von verschiedenen Geheimdiensten, - vor allen von "Verfassungsschutz"-, bespitzelt. Das, obwohl ich nie straffällig wurde. Der Grund besteht lediglich darin, dass ich Mitglied der DKP bin.

Herr Ministerpräsident, wegen den Bespitzelungen durch den "Verfassungsschutz" habe ich mich wiederholt an Ihre Vorgängerregierungen gewandt, mit der Forderung, diese diskriminierenden Tätigkeiten gegen mich einzustellen.

Auf meine Bitte hin trat der Präsident des Städtetag Baden-Württemberg zusammen mit der Tübinger Oberbürgermeisterin, mit Datum 23. Mai 2002, an Herrn Ministerpräsident Teufel heran, mit dem Anliegen, diese Überwachungstätigkeit gegen mich einzustellen. Am 26.07.2002 erging der Bescheid vom Staatsministerium, "dass es leider nicht möglich ist, die Überwachungstätigkeit des LfV gegenüber Herrn Bialas einzustellen."

Herr Ministerpräsident, ich verbinde die Hoffnung mit der Bitte an Sie, dieser Angelegenheit nachzugehen und nicht einfach der Ministerialbürokratie zu überlassen, einfach alte Antworten zu geben. Eine für mich entlastende Neubewertung wäre sehr wohl angebracht und überfällig. Denn mit dem Ablösen der schwarz-gelben Landesregierung sollte sich auch hier einiges zur Stärkung der Demokratie ändern.

Vor allen empfinde ich es als unglaubliche Anmaßung mir verfassungsfeindlichkeit zu unterstellen. Dabei habe ich ein großes Unbehagen angesichts der Vorkommnisse um V-Leute aus dem Nazi-Spektrum, dass ich als Antifaschist möglicherweise von Leuten bespitzelt und bedroht werde, die zu denen gehören könnten. (Wie gesehen.-)

Die Landesregierung sollte den "Verfassungsschutz" auflösen, (Der Bund auch), um damit die verfassungsgemäßen Rechte der BürgerInnen zu schützen. Lieber die enormen finanziellen Mittel für sinnvolle Aufgaben einsetzen, anstatt sie für Spitzeleien gegen mich und andere Linke zu verplempern.

So fordere ich, diesen Unsinn gegen mich einzustellen und mir die gesammelten Werke auszuhändigen, damit ich diese noch zu Lebzeiten für meine Memoaren verwenden kann. Als Grabbeilage brauche ich sie nicht.-

Herr Ministerpräsident Kretschmann, einer für mich halbwegs zufrieden stellenden Antwort entgegen sehend, bedankt sich mit freundlichen Grüßen der Linke, Rote Urgroßvater aus unseren Ländle,

Gerhard Bialas

Nachsatz: Dieses Schreiben übergebe ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und Unterstützung auch an die Abgeordneten aus unserem Wahlkreis, an Funktionsträger, an Oberbürgermeister Boris Palmer, sowie zur Information an verschiedene Medien. Und an den Tübinger Landrat Joachim Walter.